

■ Politische Rechte

Finanzreferendum – Frist 21. Juni 2012

Der Landrat hat am 19. April 2012 beschlossen:

- Gesamtplanung neue Birsbrücke Laufen; Planungs- und Projektierungskredit (2010-281)
Für die Gesamtplanung neue Birsbrücke in der Stadt Laufen wird der erforderliche Projektierungskredit für Vorstudie, Vorprojekt sowie Bauprojekt von CHF 2'000'000.-- (inkl. MwSt. von 8.0%) bewilligt. Zusätzlich zur Kreditsumme werden die allfälligen Lohn- und Materialpreisänderungen gegenüber der Preisbasis April 2009 bewilligt.
- Umgestaltung des Bushofs Laufen; Kreditvorlage (2011-378)
 1. Für den Um- und Ausbau des Moduls A des Bushofs Laufen wird ein Verpflichtungskredit über CHF 8'430'000 inkl. Mehrwertsteuer von 8.0% bewilligt. Nachgewiesene Lohn- und Materialpreisänderungen werden bewilligt (Preisbasis Oktober 2009).
 2. Für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Module B und C des Bushofs Laufen wird ein Verpflichtungskredit über CHF 600'000 inkl. Mehrwertsteuer von 8.0% bewilligt. Nachgewiesene Lohn- und Materialpreisänderungen werden bewilligt (Preisbasis Oktober 2009).

Diese Beschlüsse unterstehen gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 21. Juni 2012 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Gesetzesreferendum – Frist 21. Juni 2012

Der Landrat hat am 19. April 2012 beschlossen:

- Änderung des Gesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (2012-016)

Der Gesetzestext kann unter <http://www.bl.ch/referenden> auf dem Internet eingesehen oder bei der Landeskanzlei, Tel. 061 552 50 08, bestellt werden.

Dieser Beschluss untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe c der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 21. Juni 2012 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Vorprüfung einer formulierten Gesetzesinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 20. April 2012 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen formulierten Gesetzesinitiative "Strassen teilen - JA zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Landschaft)", verfügt:

1. Die am 20. April 2012 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, formulierten Gesetzesinitiative "Strassen teilen - für einen sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Landschaft)" entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR: Sie ist als Gesetzesinitiative bezeichnet, enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind sowie das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt. Ferner enthält sie Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheberinnen und Urheber der Gesetzesinitiative sind ermächtigt, die Gesetzesinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen: Pascal Benninger, Isleten 14, 4450 Sissach; Ernst Burkhardt, Goldbrunnenstrasse 29, 4410 Liestal; Roland Chrétien, Im Guntengarten 1, 4107 Ettingen; Alan Jennings, General Guisan-Strasse 21, 4144 Arlesheim; Dr. med. Bernhard Rüetschi, Schönenbachstrasse 36, 4153 Reinach; Esther Maag, Fischmarkt 34, 4410 Liestal; Dr. Beat von Scarpatetti, Neusatzweg 7, 4102 Binningen; Simon Trinkler, Schützenweg 16, 4123 Allschwil.
3. Der Titel der formulierten Gesetzesinitiative "Strassen teilen - für einen sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Landschaft)" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die § 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Verfassungsgericht Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an: VCS Sektion beider Basel, Gellertstr. 29, 4052 Basel.
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 26. April 2012.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

"Strassen teilen - JA zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Landschaft)"

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 2 der Kantonsverfassung, das folgende formulierte Begehren:

Das Umweltschutzgesetz Basel-Landschaft vom 27.02.1991 wird mit §14a ergänzt:

§ 14a Massnahmen

Zur Umsetzung des in §14, insbesondere Abs. 3 zu gewährleistenden Schutzes vor vermeidbaren Behinderungen und Gefährdungen, ergreift der Kanton auf verkehrsreichen Kantonsstrassen (mit durchschnittlich über 5000 Fahrten pro Werktag) mit

begleitendem und/oder querendem Fuss- und Veloverkehr sowie auf kantonalen Radrouten folgende Massnahmen:

- a) Die Flächen für den Fussverkehr entlang oder quer zu verkehrsreichen Kantonsstrassen innerorts sind nach den aktuellen VSS-Normen auszubilden oder anzupassen.
- b) Es werden durchgehende Verkehrsanlagen für den leichten Zweiradverkehr gemäss VSS-Normen in beide Fahrtrichtungen angeboten. Zu bevorzugen sind Radwege aller Art. Radstreifen sind innerorts generell, ausserorts nur in Ausnahmefällen ausreichend.
- c) Der Strassenquerschnitt darf auf Grund der Massnahmen lit. a und b nur in Ausnahmefällen verbreitert werden. Enge Ortsdurchfahrten dürfen nicht verbreitert werden, hier gilt Abs. 3 lit. a bzw. b. Heutige, den FussgängerInnen vorbehaltene Trottoirs dürfen nicht verschmälert werden. Die Mitnutzung durch den Radverkehr ist nur in Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der VSS-Normen und von Abs. 2 zulässig.
- d) Auf den Tramachsen und auf wichtigen Busachsen werden Tram und Bus an den Lichtsignal- und Pfortneranlagen verstärkt und konsequent bevorzugt. Gegebenenfalls sind für die Bevorzugung weitere bauliche, betriebliche, verkehrslenkende und -beschränkende Massnahmen zu ergreifen.

2 Durch die Massnahmen gemäss Abs. 1 und nötigenfalls durch weitere bauliche, betriebliche, verkehrslenkende und -beschränkende Massnahmen

- a) gewährleistet der Kanton auf seinen Kantonsstrassen einen sicheren und hindernisfreien, gegenüber dem Motorfahrzeugverkehr bevorzugten sowie unter sich möglichst konfliktfreien Tram-, Bus-, Fuss- und Veloverkehr
- b) verhindert der Kanton Ausweichverkehr von Motorfahrzeugen auf Gemeindestrassen.

3 Die Pflicht gemäss Abs. 1 lit. b entfällt,

- a) sofern innerorts die betroffenen Strassen als Strecken oder in Zonen mit maximal Tempo 30, entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben, signalisiert werden
- b) sofern auf engen Ortsdurchfahrten, falls das Bundesrecht eine Signalisation von maximal Tempo 30 nicht erlaubt, mit baulichen Massnahmen eine Temporeduktion gewährleistet wird
- c) sofern ausserorts der Veloverkehr unabhängig der verkehrsreichen Kantonsstrassen direkt, sicher und umwegfrei auf bestehenden Verkehrsanlagen geführt wird.

4 Zur Umsetzung von §14, insbesondere Abs. 3 ist mit geeigneten Massnahmen, insbesondere jenen gemäss §14a Abs. 1 lit. d dafür zu sorgen, dass dem öffentlichen Verkehr weder aus §14a Abs. 1 lit. a bis c noch Abs. 3 Nachteile in Bezug auf vermeidbare Behinderungen und Gefährdungen erwachsen.

5 Bis spätestens 5 Jahre nach Annahme der Initiative müssen die betroffenen Strassen innerorts die Massnahmen gemäss Abs. 1 bis 4 aufweisen. Bis spätestens 10 Jahre nach Annahme der Initiative müssen die betroffenen Strassen ausserorts die Massnahmen gemäss Abs. 1 bis 4 aufweisen. Für betroffene Strassen auf kantonalen Radrouten gilt eine Umsetzungsfrist bis 2020 gemäss kantonalem Richtplan Basel-Landschaft.

Landeskanzlei Basel-Landschaft